

Sünteldörfer fürchten Schwerlastverkehr

Deponiepläne: Bis zu 60 Lastwagen täglich in Bakeder Ortsdurchfahrt / Steinbruch ist Schutzgebiet

Bad Münder (mf). Gegen die Pläne, den Steinbruch Hamelspringe als Deponie für Kraftwerksasche zu nutzen, regt sich weiterhin Widerstand. Dabei geht es nicht mehr allein um die möglichen Folgen der Einlagerung selbst. Kritik kommt zunehmend auch aus den Sünteldörfern, denen eine erhöhte Verkehrsbelastung droht.

Wie berichtet, will die Gesellschaft für die Aufbereitung und Verwertung von Reststoffen (GFR) im Steinbruch Verbrennungsrückstände aus Kohlekraftwerken entsorgen. Auf Anraten von Landrat Rüdiger Butte, dem er das Vorhaben vergangene Woche vorgestellt hatte, informierte GFR-Vertriebschef Dr. Michael Zingk am Donnerstagabend auch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Stadt Bad Münder.

In der nicht öffentlichen Sitzung habe der Unternehmensvertreter mit Nachdruck versichert, dass von der Einlagerung keine Umweltgefahr ausgehe, berichtet Stadtsprecher Heiko Knigge. Wenn die Asche mit Wasser versetzt werde, bilde sich ein künstliches Gestein, das in etwa die Konsistenz von Magerbeton habe. „Laut Herrn Dr. Zingk ist es ausgeschlossen, dass belastetes Sickerwasser ins Grundwasser eindringt“, so Knigge. Genau das befürchten aber Gegner des Vorhabens, wie Peter Meyer, Vorsteher des örtlichen Wasserverbandes, oder die Geologin und Steinbruchkennnerin Angelika Schwager.



Sollte der Hamelspringer Steinbruch zur Deponie für Kraftwerksasche werden, dürfte der Schwerlastverkehr auf der Kreisstraße 72 spürbar zunehmen. Bakedes Ortsbürgermeister Rolf Wittich drängt in diesem Fall auf Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung für seinen Ort. Foto: lil

Immer stärker in den Fokus rückt die Verkehrsproblematik. Bis zu 30 Asche-Anlieferungen am Tag sind nach GFR-Angaben geplant. Die Silo-Lkw würden von der Autobahn kommend über die Bundesstraße 442 und weiter über die Kreisstraße 72 Hamelspringe ansteuern. „Mit Hin- und Rückfahrt sind das 60 Lastwagen am Tag“, klagt Bakedes Bürgermeister Rolf Wittich. Schon jetzt sei der Schwerlastverkehr ein Problem, weil sich viele Fahrer nicht an die vor-

geschriebene Höchstgeschwindigkeit hielten. Erschwerend hinzu komme, dass der Großteil der Wohngebiete und die Grundschule von der Heerstraße (K 72) getrennt werden und deshalb täglich viele Kinder die Fahrbahn überqueren. „Da wird mir angst und bange“, so Wittich, „ohne eine Maßnahme zur Verkehrsberuhigung ginge das keinesfalls.“

Fraglich ist allerdings, ob eine Deponie im Steinbruch überhaupt genehmigungsfähig ist. Denn das Gelände ist Teil

eines Landschaftsschutzgebietes. „Wir prüfen derzeit unter Beteiligung des Rechtsamtes, ob sich beides miteinander verträgt“, so Landkreis-Sprecherin Sandra Lummitsch auf Anfrage. Falls nicht, käme eine andere Lösung in Betracht: Der Steinbruch könnte in diesem Fall durch eine Veränderungsänderung aus dem Landschaftsschutzgebiet herausgenommen werden. Dafür wäre laut Lummitsch der Kreistag zuständig. Ob sich dort eine politische Mehrheit

dafür finden würde, ist fraglich. Grundsätzlich ist für die Genehmigung der Deponie das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt in Hannover zuständig. Wenn die Vorprüfung zügig über die Bühne geht, peilt die GFR eine Antragsstellung bis zum Herbst 2012 an, wie Zingk den Kommunalpolitikern darlegte. Bis zur Inbetriebnahme der „Abfallbehandlungsanlage“ werden nach Einschätzung des Unternehmens aber etwa mindestens drei weitere Jahre ins Land gehen.